



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

4. Sitzung (öffentlich)

27. Oktober 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:20 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD) (Vorsitzender);
Bernhard Tenhumberg (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Politische Schwerpunkte der Landesregierung in der 15. Wahlperiode 5

Vorlagen 15/96 und 15/103
Ausschussprotokoll 15/26

Der Ausschuss führt eine lange Aussprache über die Einführungsberichte von Frau Ministerin Steffens (MGEPA) und Herrn Minister Schneider (MAIS).

2 Gesetzgebungsverfahren zum SGB II 29

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss verzichtet an dieser Stelle auf einen mündlichen Bericht von Herrn Minister Schneider (MAIS) und eine Diskussion.

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtrags-haushaltsgesetz 2010) 30

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200

Es werden keine Anträge zum Gesetzentwurf der Landes-
regierung gestellt.

Minister Guntram Schneider (MAIS) sagt zu, die unter
diesem TOP gestellten Fragen zum Behindertenbeauftrag-
ten, zu den Arbeitslosenzentren sowie zu Wohngeld und
Fahrgeld schriftlich zu beantworten.

**4 Bildungs-Chipkarte stoppen, bedarfsgerechte Kinderregelsätze ein-
führen! 32**

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/130

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/177

Vorlage 15/102

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss wird zu diesem Punkt eine Anhörung durch-
führen. Das weitere Vorgehen soll im Obleutekreis erörtert
werden.

**5 ELENA sofort aussetzen und alle Vorratsdatenspeicherungen ein-
stellen! 33**

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/133

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum an den feder-
führenden Innenausschuss abzugeben.

6 Prävention von Alkoholsucht verbessern und Versorgungsdefizite bei alkoholkranken Menschen reduzieren! 34

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/43

Für die nächste Sitzung wird ein gemeinsamer Antrag erwartet, über den direkt abgestimmt werden soll.

7 Berücksichtigung des demografischen Wandels - auch im Sektor der Finanzprodukte für Senioren 35

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/213

Zu diesem Punkt will der Ausschuss ein Expertengespräch führen.

8 Qualitätsdefizite bei der Leichenschau 36

Vorlage 15/120

- Bericht der Landesregierung

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) sagt zu, über Möglichkeiten zu berichten, der mangelnden Qualität der Arbeit der Beschauer zu begegnen.

9 Verschiedenes 37

a) Terminplan 2011 37

Der Ausschuss erhebt keine Einwände gegen den vorgelegten Entwurf.

b) Lohndumping durch Leiharbeit am Uni-Klinikum Essen beenden! 37

Der Ausschuss verständigt sich darauf, an der für den 21. Januar 2011 geplanten Anhörung des federführenden Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie zum Antrag der Fraktion DIE LINKE -

„Lohndumping durch Leiharbeit am Uni-Klinikum Essen
beenden!“ - im Rahmen einer Pflichtsitzung teilzunehmen.

* * *

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200

Vorsitzender Günter Garbrecht erklärt, in den Zuständigkeitsbereich des AGSI-Ausschusses fielen zum einen der Behindertenbeauftragte, über den man soeben hinreichend diskutiert habe, und zum anderen die Auszahlung der Wohngeldersparnis, die bereits Thema einer umfangreichen Anhörung gewesen sei.

Bernhard Tenhumberg (CDU) fragt die Landesregierung nach der Höhe der Istausgaben Ende Juli 2010 bei Bezügen, Entgelten und sächlichen Verwaltungsausgaben des Behindertenbeauftragten, für die im Jahr 2010 insgesamt 419.800 € vorgesehen gewesen seien.

Zudem interessiere, wie sich die unter sächlichen Verwaltungsausgaben gebuchten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 848.000 € zusammensetzten. Handle es sich dabei um Zahlungen an Personen, möge das Ministerium begründen, weshalb diese Mittel nicht haushalterisch unter Bezügen oder Entgelten gebucht worden seien.

Die Landesregierung sage zu, diese Frage schriftlich zu beantworten, so **Vorsitzender Günter Garbrecht**. Im Übrigen stehe dieses Thema auch auf der Tagesordnung des Unterausschusses „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses sowie auf der des Haupt und Medienausschusses. Das MAIS werde gebeten, entsprechende Berichte für diese beiden Ausschüsse gleichzeitig auch dem AGSI-Ausschuss zu übermitteln.

Peter Preuß (CDU) bittet die Landesregierung um nähere Auskünfte zum Grund der Befristung sowie zur genauen rechtlichen Ausgestaltung.

Auch diese Frage werde das Ministerium schriftlich beantworten, stellt **Vorsitzender Günter Garbrecht** fest. An dieser Stelle sei auf Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung verwiesen, das eine solche Befristung vorsehe.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE) erkundigt sich, ob zum Beispiel mittels einer Verpflichtungsermächtigung auch kleinen Initiativen, die nicht über Komplementärmittel verfügten, die Wiederförderung der Arbeitslosenzentren ermöglicht werden könne.

Ihre zweite Frage betreffe die Entwicklung der Empfängerzahlen, die der Berechnung von Wohngeld- und Fahrgeldausfällen nach dem SGB IX zugrunde lägen.

Vorsitzender Günter Garbrecht konstatiert, auch diese Fragen würden schriftlich beantwortet.

Es werden keine Anträge zum Gesetzentwurf der Landesregierung gestellt.

Das MAIS sagt zu, die unter diesem TOP gestellten Fragen zum Behindertenbeauftragten, zu den Arbeitslosenzentren sowie zu Wohngeld und Fahrgeld schriftlich zu beantworten.